

Hessische Gewerkschafter*innen sagen in Vorbereitung der Antikriegskonferenz in London am 20. Juni 2026:

Nein zum Krieg! Nein zur Militarisierung der Gesellschaft!

Nein zum sozialen Krieg!

Wir unterstützen solidarisch den Widerstand gegen die Kriegspläne der Regierungen!!

Gewerkschafter*innen sagen:

**Nein zum Krieg!
zum sozialen Krieg!**



Eine Initiative von Gewerkschafter*innen verschiedener DGB-Gewerkschaften in Hessen

Ergebnisse:

Vorbereitungsveranstaltung für Internationale Antikriegs-Meeting am 20. Juni in London

Nehmt die Waffen runter!

Erhöht die Löhne! Wohlstand! Kein Krieg!

Arbeitsplätze! Keine Kriegsdienstpflicht!

am 23. Mai 2026, 13:00 - 16:00 Uhr

in Frankfurt am Main im Haus Gallus



Diskussion mit:

Britta Brandau, ver.di, Vorbereitungsausschuss London-Konferenz;

Michael Altmann, ver.di, Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg, Nein zum sozialen Krieg!;

Herbert Storn, GEW AK Krieg und Frieden zur Bildung bei Kriegsvorbereitung,

Nadja Rakowitz, Vereinigung demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ) zur Militarisierung Gesundheitswesen,

Ahmed vom SDS zur Zivilklausel und Militarisierung Hochschule,

Lydia Krüger, AGBSW („Arbeit und Gewerkschaft beim BSW“),

Palästinensische Gemeinde Hessen,

Initiative freie gewerkschaftliche Betätigung im Iran: „Stopp dem Krieg jetzt“,

Grußadresse der Friedens- und Zukunftswerkstatt: Aufruf zur Demonstration am 30.5.

„Keine Mittelstreckenwaffen! Nirgends!“

Hessische „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!“

unterstützen die Internationale Konferenz in London „gegen Krieg“: **Nein zum Krieg!**

„Nein zur US-Raketenstationierung!“, Der Jugend eine Zukunft statt Kanonenfutter!

Bildung statt Bomben! Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze! Die Rüstungs-Mrd.

für Schulen, Kitas, Unis, Krankenhäuser, öffentliche Daseinsvorsorge

statt Merz-sche-Anti-„Reformen“ gegen Rente, Gesundheitsversorgung, Achtstundentag...!

Für den 23. Mai 2026 luden die Hessischen „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg! Zu einer Vorbereitungsveranstaltung für die Internationale Antikriegskonferenz in London in das Haus Gallus in Frankfurt ein. Wir können an dieser Stelle nur einige Thesen vorstellen, die auf der Veranstaltung geäußert wurden. Die Beiträge sind bei Britta Brandau oder Michael Altmann erhältlich.

In der Einführung der „*Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!*“ wurde auf die Kriegsvorbereitungspolitik und die Angriffe der Regierung Merz-/Klingbeil auf alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung hingewiesen, wie den durch die deutsche Revolution 1918/1919 hart erkämpften Achtstundentag, die in den 1950er Jahren erstreikte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Privatisierung der Rente und aktuell durch den Entwurf der Regierung für ein „Beitragsstabilitätsgesetz“ zur Kürzung von über 20 Mrd. Euro für die Krankenkassen (ver.di spricht von einem: „Großangriff auf die Tarifverträge, Löhne und die Krankenhäuser“), das noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden soll.

Dieser Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften v.a. der Arbeiterbewegung, aber auch auf den Sozialstaate nach 1945 steht im direkten Zusammenhang mit der immer näher rückenden Vorbereitung eines Krieges mit Russland. Dazu wurde auf die „Unterzeichnung eines strategischen Verteidigungsabkommens“ der Bundesregierung mit der Ukraine hingewiesen, mit dem „Deutschland zur Kriegspartei“ im russisch-ukrainischen Krieg wird. Diesen Zusammenhang „Alle Regierungen bereiten den Krieg vor“ wird Thema auf der Antikriegskonferenz am 20. Juni in London sein.

Vor diesem Hintergrund stellten die Kolleginnen und Kollegen ihren Kampf gegen die "Militarisierung der Gesellschaft" vor:



Ahmed, Aktivist der Studentenorganisation SDS an der Frankfurter Uni stellte den Stand des Kampfes zur Verteidigung der **Zivilklauseln** an den Unis vor, die von der Bayerischen Staatsregierung bereits verboten wurden und in Hessen von CDU und SPD in der Regierung

auf dem „Prüfstand“ stehen. Ahmed stellte insbesondere den Zusammenhang von Militarisierung von Wissenschaft und Universitäten, Kampf für den Erhalt der Zivilklausel (die bereits nach dem 2. Weltkrieg an der TU Berlin eingeführt wurde) und Verteidigung des Studiums in Kooperation mit den Gewerkschaftern an der Uni gegen die 1,1 Mrd. Kürzungen der Landesregierung in Hessen her. Die „Zivilklauselbewegung sei der universitäre Arm der Friedensbewegung“. Sie sei die „Kriegsdienstverweigerung der Wissenschaft und Forschung“ in Kooperation mit den Gewerkschaften..., die direkt verbunden sei mit dem gewerkschaftlichen Kampf zur Verteidigung von Forschung und Lehre gegen die Kürzungen der Regierung. **„Bildung statt Bomben“** sei daher die politische Perspektive des SDS u.a. Studierender.

In diesem Zusammenhang wurde eine **Resolution** an die Gewerkschaften gefordert, die **Schulstreiks solidarisch zu unterstützen und gegen die Repression** durch die staatlichen Schulleitungen vorzugehen, wie es schon ein Fachbereichsvorstand von der Gewerkschaft ver.di fordert.

Nadja Rakowitz stellte den Beitrag von VDÄÄ und IPPNW gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens in die Tradition der Friedensbewegung. Nadja Rakowitz (Sprecherin des Vereins demokratischer Ärzt*innen) zeigte auf, wie im Rahmen der Kriegsvorbereitung (Operationsplan Deutschland, Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0, Expertenrat Gesundheit und Resilienz...) die Krankenhäuser – ohne Widerstand der offiziellen Ärzteschaft - „fit für den Krieg“ gemacht werden sollen. Die Regierung kürze mit dem neuen GKV-Gesetz bei den Krankenkassen für die Krankenhäuser, aber gleichzeitig gebe es Pläne, Krankenhäuser unterirdisch (aus-) zu bauen.

Sie sieht eine Unvereinbarkeit zwischen dem verfassungsrechtlichen Anspruch, dass das Gesundheitswesen eine zivile Errungenschaft ist, die nicht mit dem Militär zusammenarbeitet, und der Forderung nach „Kriegstüchtigkeit des Gesundheitswesens“. Diesen zivilen Charakter gelte es gegen die Politik der Kriegsvorbereitung zu verteidigen. Maßgeblich werde dabei das geplante „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ sein, das das Krankenhauspersonal der Bundeswehr unterordnen soll (In den 1980er Jahren sei das bereits gescheitert). Weitere Informationen seien über die Kontaktadresse: kontakt@vdaee.de erhältlich.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass ver.di gestützt auf die Mobilisierung in den Kliniken zu einer **Großdemonstration gegen den „Doppelten Angriff** (der Regierung) **... auf Tariflöhne und Pflegepersonal!“ am 10. Juni** anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz in Hannover gegen die Pläne der Regierung aufrufe. (Mitfahrgelegenheiten siehe ver.di).

Herbert Storn, langjähriges GEW-Mitglied berichtete vom Kampf des „Arbeitskreises Krieg und Frieden“ in der Frankfurter GEW zu Militarisierung der Bildung und Narrative der Militarisierung. „Eigentlich müsste eine Bildungsgewerkschaft (gemeint ist die GEW) an der Spitze der Bewegung sowohl gegen den Krieg, als auch gegen jede Form der sozialen

Diskriminierung stehen, wenn, ja wenn es nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis oberste Maxime des Bildungswesens wäre, „den Verstand zu gebrauchen, kritisch zu denken und selbständig Urteile zu fällen. Und wenn – als zweite Bedingung - wir nicht in einer Klassengesellschaft leben würden.“ Immerhin habe die GEW dazu gelernt und eine Reihe von Veranstaltungen wie „Keinen Tag länger Krieg! Internationale Solidarität für Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt! Gewerkschafter*innen gegen Krieg und Sanktionsregime!“ wofür sie massiven Anfeindungen ausgesetzt wurden. Das habe sich durch den Kampf in den Gewerkschaften verändert. Der vollständige Beitrag ist zu beziehen über die Kontaktadresse.

Britta Brandau, eine der Koordinatorinnen der Vorbereitungskonferenz für London am 30. Juni in Berlin informiert über den Stand der Vorbereitung der Internationalen Antikriegskonferenz am 20. Juni in London, die Initiativen in den Gewerkschaften gegen die Kriegspolitik der deutschen Regierung und die Chancen für die Diskussion in den Gewerkschaften, die sich aus den Beschlüssen des DGB-Bundeskongresses vom 10 – 13. Mai ergeben. (Siehe dazu Beiträge in der Zeitschrift Soziale Politik und Demokratie oder auf der Homepage gegenkrieg-gegensozialenkrieg.info)

Dank wurde an **Willi van Ooyen** ausgesprochen, dem Koordinator der Ostermärsche und Vertreter der „Frankfurter Friedens- und Zukunftswerkstatt“, die die Wiesbadener Demonstration gegen die Raketenstationierung am 30. Mai organisieren (Flyer werden ausgelegt). Er war gekommen um aktiv die Veranstaltung zur Vorbereitung von London zu unterstützen.

Statements: Stopp dem Krieg gegen den Iran! Stopp dem Genozid und der ethnischen Säuberung von Gaza und Südlibanon!

Da es zeitlich nicht möglich war, den Kollegen aus dem Iran und von der Palästinensischen Gemeinde, die gekommen waren, um die Antikriegskonferenz in London zu unterstützen, ihnen die Möglichkeit zu geben, ausführlich auf die prekäre Situation des iranischen Volkes nach dem Bombardement Trump/Netanjahu und den Hintergrund der israelischen Politik das Wort zu erteilen, wurde eine eigene Veranstaltung vereinbart, die am 15. Juni um 18:30 Uhr im Türkischen Volkshaus stattfindet, siehe dazu besondere Einladung.

Michael Altmann, Britta Brandau